

Ausgabe Januar 2026

Hamburger Abendblatt 21.01.2026

Unternehmer- Chef: „Wir arbeiten zu wenig“

UV-Nord-Präsident Philipp Murmann mahnt Reformen an, positioniert sich bei den Themen telefonische Krankschreibung, Klimaentscheid und Olympia – und warnt AfD-Wähler.

Stephan Steinlein

Hamburg/Kiel. Die Stimmung der norddeutschen Wirtschaft ist getrübt von bundesweiter Verunsicherung. „Das verbreitete Gefühl ist: Alle kennen die Probleme, wissen, was zu machen ist. Aber es passiert zu wenig. Unser Appell ist: Machen, machen, machen, es muss endlich losgehen.“ Das sagt Philipp Murmann, der Präsident der Arbeitgeberverbände. Das Abendblatt hat den Chef des UV-Nord zum Interview über die Erwartungen an die Bundesregierung, eine Warnung vor der AfD und ein Plädoyer für Olympische Spiele im Norden getroffen.

Der UV Nord vertritt als Dachverband die Interessen von 116 Mitgliedsverbänden, 106.000 Unternehmen und 1,9 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hamburg und Schleswig-Holstein.

Hamburger Abendblatt: Herr Murmann, die schlechten Nachrichten aus der deutschen Wirtschaft reißen nicht ab. Auf einer Notenskala von 1 bis 6 wie in der Schule: Wie gut oder schlecht geht es der deutschen Wirtschaft?

Philipp Murmann: Ich würde ihr eine 4 geben. Nicht allen Unternehmen geht es schlecht. Es gibt große Unterschiede zwischen den Branchen. Aber die gesamte Wirtschaft steht sehr stark unter Druck – durch hohe Kosten für Arbeit, Energie und Verwaltung. Auch hohe Steuern und Abgaben belasten uns weiterhin. Es ist wie beim Rudern: Wir haben viel zu viele Steine im Boot, sodass wir uns schwertun gegen die Konkurrenz. Und diese Steine legt uns im Wesentlichen die Politik ins Boot.

Die Politik lässt Boote also kentern oder zumindest langsamer werden?
Sie muss umsteuern, sodass unser Wirtschaftsstandort nicht auf Dauer unter die Räder kommt.

Dauer unter die Räder kommt. Die Insolvenzzahlen steigen. Natürlich sind darunter auch Unternehmen, die sich noch durch die Corona-Zeit geschleppt haben. Die Realität schlägt jetzt bei diesen Firmen durch. Vor allem kleine Unternehmen trifft es. Sie müssen schließen und sterben leise.

Sehen Sie Unterschiede zwischen der deutschen Wirtschaft und der norddeutschen?

Der Wirtschaft geht es in Norddeutschland etwas besser. Hamburg meldet für 2025 Wachstum. Das liegt auch am Mix der Branchen. Hamburg ist ein wichtiger Industriestandort, aber Dienstleistungen, Logistik und Handel über den Hafen spielen eine wichtige Rolle. Hamburg ist breit aufgestellt.

Es gibt leider zu viele Ankündigungen, zu wenig wurde umgesetzt.

Philipp Murmann,
Präsident des UV-Nord

stellt, das hat zum Wachstum beigetragen. Dass es uns im Norden besser geht als im Süden, ist aber nicht allein unser Verdienst. Das haben wir auch geschafft, weil es im Süden schlechter geworden ist. Das ist nicht befriedigend.

Die Unternehmen im Norden hatten nach der Abwahl der Ampel-Koalition auf neuen Schwung gehofft. So hatten Sie es im vergangenen Gespräch mit dem Abendblatt formuliert. Nehmen Sie den erhofften Schwung wahr?

Nein, noch nicht. Es gibt leider zu viele Ankündigungen, zu wenig wurde umgesetzt. Aber wir sehen das ernsthafte Bemühen der Bundesregierung darum, anders als bei der Ampel-Koalition zuletzt.



Philipp Murmann, Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein, ist zugleich Geschäftsführer der Zöllner Signal GmbH. Im Hintergrund des Konferenzraums hängt ein Gemälde des früheren Geschäftsführers Rolf Murmann. Gregor Fischer / picture alliance/pa

Das lässt uns weiter hoffen.

Sie hatten auf eine Bundesregierung gehofft, die „sich unterhält und mutig versucht, Deutschland nach vorn zu bringen“. Sehen Sie die Chance, dass sie das in den kommenden Monaten tut?

Ja, aber sie verstrickt sich noch immer wieder in neue Diskussionen, wie jetzt über die Erbschaftsteuer. Aber ich nehme den Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD ab, dass sie gemeinsam Deutschland voranbringen wollen. Jetzt müssen sie es auch machen und es in ihren Fraktionen durchsetzen.

Sie sprachen die hohen Kosten bereits an. Was sind die drängendsten Probleme, die die Bundesregierung angehen sollte: Entbürokratisierung? Senkung der Arbeits- oder der Energiekosten?

Die drängendsten Probleme sind die Arbeitskosten. Allein beim Krankengeld haben die Arbeitgeber im vergangenen Jahr 82 Milliarden Euro gezahlt. Das entspricht in etwa dem Verteidigungsetat. Das ist ungesund für die Unternehmen und auf Dauer nicht finanzierbar. Zudem arbeiten wir in Deutschland zu wenig. Der Beschäftigungsgrad ist hoch, aber das wirkliche Arbeitsvolumen ist nicht hoch genug.

Und wie sollten die Kosten gesenkt werden?

Die telefonische Krankschreibung sollte abgeschafft werden. Die Sozialversicherungen müssen grundlegend reformiert werden, damit die Lohnzusatzkosten sinken. Stattdessen steigen die Kranken-

kassenbeiträge und die Pflegeversicherung. Auch das Arbeitsrecht muss reformiert werden. Es braucht einen Befreiungsschlag. Nur eine Reparatur am System reicht nicht. Dazu braucht die Politik Mut. Aber am Ende würden Arbeitnehmer und Arbeitgeber davon profitieren. Eine wichtige Voraussetzung für neuen Schwung hat sich die Bundesregierung mit dem sogenannten Sondervermögen geschaffen.

Lohnt es sich aus Ihrer Sicht, arbeiten zu gehen?

Es müsste sich materiell lohnen, tut es aber nicht immer. Es gibt Menschen, die bewusst nicht arbeiten, weil ihnen der Abstand zwischen Lohn und staatlicher Unterstützung nicht groß genug ist. Dabei besteht Arbeit nicht nur aus dem materiellen Teil allein. Sie ist auch Beschäftigung im Sinne von Lebenserfüllung, eine Aufgabe, die Spaß macht.

Sie sprachen das Thema Erbschaftsteuer an. Die SPD will reiche Erben stärker besteuern und Verschonungsregeln für Unternehmen streichen. Dann gäbe es nur noch einen Freibetrag von fünf Millionen Euro. Was hieße das für ein Unternehmen wie das Ihre?

Der Schuss ginge nach hinten los. Die Reform wäre nur ein Vorziehen von Steuereinnahmen. Aktuell greift die Verschonungsregelung nur, wenn die Arbeitsplätze erhalten werden und das Geld im Unternehmen bleibt. Sobald Sie Geld abziehen, wird es besteuert. Das heißt: Staat und Erben lassen das Geld in der Firma und erwirtschaften damit Gewinne. Am Ende

hat der Staat mehr davon. Es mag ein Gerechtigkeits Thema sein, aber volkswirtschaftlich wäre die Reform ein Negativthema. Das geltende Erbschaftsteuerrecht ist ein guter Mittelweg.

In Deutschland kommt es dieses Jahr zu fünf Landtagswahlen, darunter in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Erstmals könnte hier die AfD stärkste Partei werden. Wie blickt die Wirtschaft auf diese Wahlen?

Die AfD profitiert stark davon, dass die Politik die Probleme nicht löst und sie immer wieder darauf hinweisen kann. Aber diese Partei bietet selbst keine Lösungen an. Ich habe die große Sorge, dass Leute die AfD wählen und nachher erstaunt feststellen, dass sich nichts verbessert. Diese Partei ist im Wesentlichen auf Konfrontation aus.

Was könnte ein AfD-Erfolg an den Standorten in den östlichen Bundesländern auslösen?

Ein ausländerfeindliches Image schreckt Investoren und potenzielle Fachkräfte ab. Aber ich habe die Hoffnung, dass die demokratischen Parteien sich wieder zusammenraufen und zu Mehrheiten kommen.

Würden Sie so weit gehen, vor der Wahl der AfD zu warnen?

Ja, so wie sie heute aufgestellt ist. Solange der Verfassungsschutz Teile der Partei als rechtsextremistisch einstuft und Gerichte dieser Auffassung nicht widersprechen, muss man vor ihr warnen.

Blicken wir auf Hamburg. Nach

dem Volksentscheid muss sich die Stadt bis zum Jahr 2040 klimaneutral aufstellen. Das Klimagesetz schreibt vor, welche Sektoren wie Verkehr oder Industrie in welchem Jahr wie viel Treibhausgas eingespart haben müssen. Verhindert dieses Gesetz Investitionen?

Es schafft Verunsicherung, bremsst die Industrie aus und sorgt für hohe Kosten bei der Wohnungsdämmung. In Hamburg waren 1,3 Millionen Menschen aufgerufen, abzustimmen. Die Beteiligung lag deutlich unter 50 Prozent. Gut 300.000 Stimmen haben für die Annahme des Klimaentscheids genügt. Dass solche Quoten diesen großen Effekt haben, geht auf Dauer nicht. Es braucht höhere Quoren bei Volksentscheiden. Und ein Neutralitätsgebot für die Landesregierung macht auch keinen Sinn. Der Senat ist verantwortlich für die Stadt, also muss er sich auch in solchen Fragen positionieren dürfen.

Sprechen wir noch über eine mögliche Bewerbung um Olympische Spiele. Am 31. Mai entscheiden die Hamburgerinnen und Hamburger darüber in einem Referendum. Wie positioniert sich die Wirtschaft?

Wir sehen Olympische Spiele als große Chance. Neben der Werbung für Hamburg, neben Investitionen in Infrastruktur und Sportstätten könnten die Spiele ein Gemeinschaftsgefühl in der Stadt schaffen. Alle Wirtschaftsverbände sind Feuer und Flamme. Aber wir müssen die Leute mitnehmen. Das wird ein bisschen unbehaglich. Aber es lohnt sich, für das gemeinsame Ziel zu kämpfen. Es wäre großartig, wenn wir das gemeinsam schaffen würden.

Das Referendum 2015 ist unter anderem an der mangelnden Mobilisierung der Befürworter gescheitert.

Ich weiß auch nicht, warum das Thema in Hamburg so kritisch gesehen wird. Olympische Spiele im Norden würden Hamburg und Schleswig-Holstein positiven Schwung geben. Wir werden als Unternehmen versuchen, unseren Beitrag zu leisten.

Wirtschaft geht optimistisch ins Jahr

Prognosen sehen Wachstum und sinkende Arbeitslosenzahlen – Experten machen sich trotzdem Sorgen

Kay Müller

KIEL Markus Biercher ist Optimist. „Die Arbeitsmarktlage bleibt nach unserer Prognose insgesamt stabil“, sagt der Chef der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit. „Ich rechne mit einer weiteren Zunahme der Beschäftigung und zugleich mit einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr.“ Biercher erwartet vor allem vom Sondervermögen des Bundes einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft.

Gemeinsam mit der Nord-Chefin des Deutschen Gewerkschaftsbunds, Laura Pooth, und dem Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Nord, Michael Thomas Fröhlich, blickt Biercher verhalten optimistisch auf die nächsten elf Monate. „Ich rechne mit einem Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent.“

Über Jahre hat Biercher immer neue Erfolgsmeldungen verbreitet, was die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse angeht. „Noch nie gab es so viele davon“, sagt der

Agenturchef. Allerdings könnte der Wert zur Mitte des Jahres seinen Zenit erreichen. „Das ist eine Folge des demografischen Wandels: Die Betriebe finden einfach keine Menschen mehr, die sie

einstellen könnten.“ Um Pleiten und Geschäftsaufgaben zu vermeiden, fordert Fröhlich neben Unterstützung vom Staat auch von den Unternehmen, dass sie stärker Langzeitarbeitslose för-

dern und einstellen. „Wir müssen wieder ein positives Bild von den Betrieben und von den Unternehmern zeichnen.“

Dazu müssten die Betriebe auch Frauen und Menschen mit Behinderungen noch stärker in den Arbeitsmarkt integrieren. Und für Biercher ist schon seit Langem klar: „Ohne Menschen aus dem Ausland gibt es keinen Beschäftigungsaufwuchs mehr.“

Das sieht auch Pooth so, die für faire Löhne und noch mehr Ausbildungsplätze wirbt. „Wer heute nicht ausbildet, dem fehlen morgen die Fachkräfte.“ Im Vergleich zum Vorjahr sei das Angebot an Ausbildungsplätzen um rund sechs Prozent gesunken. Wie Fröhlich fordert sie von der Landesregierung mehr Anstrengungen, damit nicht wie zuletzt jeder zehnte Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlässt.

Schleswig-Holstein – Seite 6

MEINUNG

Unternehmer in der Pflicht

Wenn Michael Thomas Fröhlich auf die rund 30.000 Langzeitarbeitslosen im Norden blickt, fällt ihm eines ein: „Wir müssen versuchen, sie zu fördern.“ Und mit „wir“ meint der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Nord zwar auch den Staat, vor allem aber auch seine Mitgliedsbetriebe. Und damit liegt er goldrichtig. Natürlich können die Unternehmen darauf warten, dass die Jobcenter

KAY MÜLLER

ky@shz.de



die Menschen so qualifizieren, dass sie in den Betrieb passen. Aber die Erfahrungen zeigen, dass das meist nur von mäßigem Erfolg gekrönt ist. Wenn aber Betriebe auf Menschen zugehen, die arbeiten wollen, werden sie vielleicht neue Mit-

arbeiter gewinnen können – womöglich nicht in dem Umfang und genau an dem Platz, den sie brauchen, aber vielleicht an anderer Stelle.

Förderungen vom Staat gibt es viele, mutige Unternehmer auch. Wer sich traut, Menschen eine Chance zu geben, die sie sonst nicht mehr bekommen, sollte dabei noch mehr belohnt werden als bisher. Denn am Ende spart jede aufgehobene Sozialleistung unser aller Steuergeld.

Arbeitsmarkt: Agentur-Chef zieht positive Bilanz

Kay Müller

KIEL Stabil. Das ist das Wort, das Markus Biercher als Erstes sagt, als er in Kiel über die Bilanz des Arbeitsmarktes im vergangenen Jahr spricht. „Ich kann für 2025 eine positive Bilanz ziehen“, sagt der Chef der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit. „Angesichts der angespannten gesamtwirtschaftlichen Lage liegt ein herausforderndes Jahr hinter uns. Im bundesweiten Vergleich steht Schleswig-Holstein jedoch gut da.“

Denn andere Bundesländer sind von den vielen Krisen der Welt weit heftiger getroffen worden als der Norden. Schleswig-Holstein ist durch viele kleine und mittlere Unternehmen ge-

prägt, die nicht so anfällig für weltwirtschaftliche Verwerfungen sind wie die Industrie, die die Wirtschaft vor allem im Süden und Westen prägt. So ist in Schleswig-Holstein die Arbeitslosigkeit 2025 im Vergleich zum Vorjahr nur um 3,7 Prozent angestiegen, die dritt niedrigste Quote aller Flächenländer. Zum Vergleich: In Bayern stiegen die Zahlen in diesem Zeitraum um 10,5 Prozent an, in Baden-Württemberg um 8,8 Prozent.

Auch bei der Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse liegt der Norden im oberen Mittelfeld: auf Platz fünf aller Bundesländer. Für Biercher ist das auch ein Zeichen dafür, dass die Unternehmen noch positiv in die



Hofft auf eine Belebung der Konjunktur: Markus Biercher.

Foto: Michael Staudt

Zukunft schauen. „Sonst stellt man ja keine Leute ein.“

Trotzdem warnt der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Nord, Michael Thomas Fröhlich, dass auch der Norden sich mehr auf die Industrie konzentrieren müsse. Er setzt vor allem auf den Chemie-Standort Brunsbüttel. Zudem sieht er Chancen für neue Jobs in der Branche

der erneuerbaren Energien und in der Rüstung – „einer Branche, die vor 20 Jahren noch so beliebt war wie Fußpilz“.

Nicht nur auf Dienstleistungen setzen

Doch für Fröhlich ist klar, dass sich der Norden nicht nur auf Dienstleistungen, Gastronomie und Tourismus verlassen kann. „Wir können uns nicht nur wechselseitig die Haare schneiden und Pizza ausliefern.“ Denn Bierchers Zahlen belegen bei dem Blick auf die wachsenden Branchen vor allem eines: „Wir sind ein Gesundheits- und ein Tourismusland.“ Einbrüche gab es im Norden vor allem beim verarbeitenden Gewerbe, dem Handel und in der Bau-

branche. Auch Laura Pooth hofft auf neue, gut bezahlte Arbeitsplätze in der Industrie. Die Chefin des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Norden sagt aber auch: „Faktisch profitieren wir in der Krise von der eher kleinteiligen Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins und von weniger krisenanfälligen Branchen wie der Nahrungsmittelindustrie oder der Medizintechnik.“ Sie verweist aber auch auf die aktuelle Beschäftigungsquote: „Die Arbeitslosenquote ist in Schleswig-Holstein immer noch deutlich höher als in Bayern oder Baden-Württemberg.“ Im vergangenen Jahr ist sie im Norden von 5,7 auf 5,9 Prozent gestiegen, in Bayern liegt sie aktuell bei 4, in Baden-Württemberg bei 4,5 Prozent.

Wirtschaftsaufschwung Mitte 2026?

Biercher erwartet eine Entspannung am Arbeitsmarkt durch die Belebung der Konjunktur in der Mitte des Jahres. Dabei setzt er vor allem auf das Sondervermögen des Bundes.

Fröhlich erwartet von der neuen Bundesregierung allerdings noch mehr: „Bislang konnten keine Aufbruchstimmung und kein Reformeifer erzeugt werden. Die Unternehmen fahren in ihrer Personalpolitik daher aktuell auf Sicht.“ Und auch wenn die internationalen Krisen, die schleppende wirtschaftliche Entwicklung den Betrieben einige Sorgen bereiten, in der aktuellen Lage seien die vor allem eines, sagt Fröhlich: „Stabil.“

„Uns gehen einfach die Menschen aus“

Direktionschef Biercher warnt vor Fachkräftelücke - Zahl der Jobs in Schleswig-Holstein erreicht 2026 ihren Zenit

VON ULRICH METSCHIES

KIEL. Markus Biercher hat einige positive Nachrichten im Gepäck an diesem verschneiten Montag in Kiel. „Bilanz und Ausblick“ lautet das Programm der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit in Kiel. Zufrieden ist deren Chef zum einen, weil die Zahl der Arbeitslosen trotz zahlloser Negativnachrichten im vergangenen Jahr hierzulande deutlich langsamer geklettert ist als im Süden der Republik. Zum anderen, weil die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs in Schleswig-Holstein mit knapp 1,063 Millionen Ende 2025 so hoch war wie noch nie. Trotz vieler Risiken erwartet Biercher, dass die Erwerbslosigkeit im Laufe dieses Jahres wieder sinkt, zumindest ein wenig.

Dennoch blickt der Direktions-Chef mit Sorgenfalten in die Zukunft. Denn das seit Jahren wachsende Beschäftigungsniveau wird nach seiner Einschätzung Mitte 2026 den Zenit überschreiten.

„Die Demografie hat uns fest im Griff“, sagt Biercher: „Uns gehen schlicht die Menschen aus, die wir brauchen, um die anstehende Arbeit zu erledigen.“ Digitalisierung und KI seien natürlich Hebel, um die Effizienz zu steigern. Auch Zuwanderung könne einen Teil des Kräftenmangels ausgleichen. Aber das werde



Der Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein zeigt sich robust, doch der Kräftenmangel wird zunehmend zum begrenzenden Faktor: Markus Biercher (links), Chef der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, im Gespräch mit Laura Pooth (DGB Nord) und Michael Thomas Fröhlich, Hauptgeschäftsführer des UV Nord.

FOTO: FELIX MÜSCHEN/DPA

alles zusammen nicht reichen, um den Verlust zu kompensieren, den der Renteneintritt der Boomer-Generation verursacht. Auch wenn sich die Geburtenrate verdoppelte, würde es Jahre dauern, diesen Verlust auszugleichen: „Und das wird sie sicher nicht.“

Um gegenzusteuern, müsse das Arbeitsvolumen stei-

gen, so Biercher: „Da hilft eine längere Lebensarbeitszeit.“ Auch eine Rückführung der Teilzeitquote könne ein Hebel sein. Doch anders als Teile der Union lehnt der Arbeitsmarktexperte gesetzlich verordnete Maßnahmen wie die Abschaffung des Rechts auf Teilzeit ab: „Sinnvoller wäre es, wenn die Arbeitgeber auf ihre Beschäf-

tigten zugehen und fragen: Was kann ich für Dich tun, damit Du eine Stunde mehr arbeiten kannst?“

Unter dem Strich hat der Arbeitsmarkt im Norden die Herausforderungen der lahmen Konjunktur und immer neuer Unsicherheiten wie in der Zolpolitik gut weggesteckt. Die Zahl der Erwerbs-

losen stieg 2025 um 3400 oder 3,7 Prozent auf etwa 96.000. „Das ist eine Größenordnung, die deutlich unter der des Bundes liegt und zeigt, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse hier in Schleswig-Holstein nach wie vor ausgesprochen robust sind“, sagt Biercher. Gleichzeitig werde das von Bund und Kommunen auf den

Weg gebrachte Investitionspaket Wirkung entfalten.

Mit Blick auf die Fachkräftesicherung mahnte die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Nord, Laura Pooth, soziale Standards nicht infrage zu stellen. „Debatten über den Abbau sozialer Rechte helfen weder dem Arbeitsmarkt noch der Wirtschaft.“

”

Die Demografie hat uns fest im Griff.

Markus Biercher, Chef der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit

Der Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverbandes Hamburg und Schleswig-Holstein (UV Nord), Michael Thomas Fröhlich, warnte davor, die aktuell gedämpfte Lage falsch zu interpretieren. Sobald die Konjunktur anziehe, beginne der Wettlauf um die besten Köpfe. Deshalb müsse die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland erleichtert werden, um Geflüchtete schneller zu qualifizieren und ihnen eine klare Bleibeperspektive zu bieten.

Vorstoß gegen Teilzeit: Der Norden sagt Nein

Wirtschaftsunion löst mit Vorschlag heftige Debatte aus – Selbst CDU-Wirtschaftsminister Madsen ist skeptisch

VON JONAS BICKEL

KIEL. Darf künftig nur unter bestimmten Umständen Teilzeit gearbeitet werden? In einem Antrag für den kommenden CDU-Bundesparteitag fordert die Mittelstands- und Wirtschaftsunion, dass der bisher geltende Rechtsanspruch auf Teilzeit bald nur noch bei „Vorliegen einer besonderen Begründung“ gelten solle.

Dazu zählen etwa die Erziehung von Kindern und die Pflege Angehöriger. Mit der Änderung möchte der CDU-Wirtschaftsflügel gegen „Lifestyle-

Teilzeit“ vorgehen. Aus Schleswig-Holstein hagelt es Kritik.

„Bei der CDU werden Arbeitnehmer mehr und mehr zu unerwünschten Bittstellern“, sagt die SPD-Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli. „Arbeitende Menschen verdienen Respekt und keine Drangsalierung durch die CDU.“ Es sei vollkommen legitim, Teilzeit zu arbeiten, wenn man mehr Freizeit haben möchte, sagt Grünen-Fraktionschef Lasse Petersdotter. „Das C in CDU steht auf Bundesebene offen für Chefetage.“ Seit Monaten komme ein

Vorschlag nach dem anderen, „um das Leben von Arbeitern und Arbeitern schwer zu machen“. Auch Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) zeigt sich skeptisch: „Wir sollten zunächst eine Faktenbasis schaffen und ausloten, ob und in welchem Umfang das Thema Teilzeit ein Problem für die Unternehmen ist.“

Philipp Murmann, Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände im Norden, geht nicht davon aus, dass der Vorschlag zu einer spürbaren Erhöhung der Arbeitszeit führen wird. Vielmehr müsse man

dafür sorgen, dass sich Arbeit wieder mehr lohne. „Ob eine populistische Diskussion um Lifestyle-Teilzeit in der Sache hilft, ist fraglich.“

Der MIT-Landesvorsitzende Stefan Lange verteidigt das Anliegen: „Leistung und Solidarität gehören zusammen.“ Wer Teilzeit brauche, solle sie auch verlässlich nutzen können. „Ein allgemeiner Rechtsanspruch auf Teilzeit allein aus persönlicher Lebensgestaltung darf aber nicht zur neuen Regel werden.“

»» THEMA DES TAGES | 2



Wirft der CDU vor, die Menschen zu drangsalieren: SPD-Fraktionschefin und Bundes-Vize Serpil Midyatli. FOTO: EISENKRÄTZER

Daniel Günther kämpft um Social-Media-Verbot für Kinder – Wirtschaft applaudiert

Nach Shitstorm: Schleswig-Holsteins Ministerpräsident wirbt beim UV-Nord für Aus von TikTok und Co. bei unter 16-Jährigen. Plädoyer an Politiker.

Stephan Steinlein

Hamburg/Kiel. Wenn sich Hunderte norddeutsche Unternehmer mit den Spitzen der Politik aus Hamburg und Schleswig-Holstein treffen, rücken die Erwartungen der Wirtschaft an Entbürokratisierung, Digitalisierung, Abbau von Handelshemmnissen und Staatsmodernisierung in den Vordergrund. Um diese Themen ging es denn auch an diesem Mittwoch beim Neujahrsempfang des UV-Nord im Hamburger Hotel Atlantic. Aber zwischenzeitlich gerieten sie zur Nebensache. Dafür sorgte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther.

Statt übereinander herzufallen, sollten wir uns ein bisschen mehr Mühe geben, uns richtig zu verstehen.

Daniel Günther (CDU),
Ministerpräsident von Schleswig-Holstein

Der CDU-Politiker hatte mit seinem Auftritt bei Markus Lanz am 7. Januar den ersten innenpolitischen Aufreger des Jahres gesetzt. Wer Günthers Plädoyer im ZDF für ein Social-Media-Verbot für Kinder unter 16 Jahren und seiner Kritik an faktenfreier Stimmungsmache in Medien und Hetzportalen nicht richtig zuhörte oder ihn missverstehen wollte, konnte einen Angriff auf die Pressefreiheit wittern. Die Folge: Über Günther brach ein Shitstorm wie noch nie in achteinhalb Jahren als schleswig-holsteinischer Ministerpräsident herein. Selbst die Journalistengewerkschaft DJV zeigte sich zu Beginn der Debatte „schockiert“ angesichts Günthers angeblichen Angriffs auf die Pressefreiheit, bevor sie tags darauf zurückruderte. Erst jetzt, zwei Wochen später, klingt die Debatte allmählich ab, und ihr Spin hat sich längst komplett gedreht.

Inhaltlich rückt Günther keinen Deut von seinen Positionen ab. Leidenschaftlich plädierte der Kieler Regierungschef beim Empfang der Vereinigung der Unternehmensverbände (UV Nord) dafür, dem Beispiel Australiens zu folgen. „Dort berichten Eltern, dass ihre Kinder jetzt wieder draußen spielen, wieder mehr sprechen und wieder etwas gemeinsam unternehmen. Was für eine positive Entwicklung“, sagte Günther unter großem Applaus.

Ohne solche Verbote blieben Kinder auf Plattformen wie Tik-

Tok oder Instagram weiter gewaltverherrlichenden Inhalten, gefälschten Nachrichten und extremistischer Agitation ausgesetzt. „Wir Erwachsene haben dafür gesorgt, dass heute Zehn-, Elf- und Zwölfjährige mit Handys herumlaufen, statt das Gespräch miteinander zu suchen. Die sind doch nicht selbst auf die Idee gekommen“, kritisierte Günther die Eltern-Generation. „Unsere Kinder haben doch nicht digitale Teilhabe an sexualisierter Gewalt und Gewaltspielen für sich eingefordert. Sondern wir haben zugelassen, dass die Kinder schutzlos solchen Medien ausgesetzt sind“, sagte der Vater zweier Töchter.

Der Staat habe seine Schutzfunktion gegenüber Kindern stark vernachlässigt, kritisiert Günther. Dabei trage er die Verantwortung, ihnen eine gute Zukunft zu ermöglichen. Der CDU-Politiker fordert einen Paradigmenwechsel samt Maßnahmen wie einem Social-Media-Verbot unter 16, „um die Jugend vor Cybermobbing zu schützen, sie zu stärken“, sagt Günther. Für ihn bedeutet das nicht weniger, als so „die Demokratie zu retten“. Günther treibt eine deutsche Lösung voran, plädiert darüber hinaus aber für eine EU-weite Regelung.

Er forderte im Atlantic-Hotel Erwachsene auf, Kindern mit gutem Beispiel voranzugehen. „Wir sollten uns manchmal auch vom Smartphone lösen und mehr miteinander sprechen.“ Zu oft suchten Politiker im Netz die schnelle Abrechnung mit dem politischen Gegner. „Woran liegt es, dass so viele Menschen sich von etablierten Parteien abwenden?“, fragte Günther mit Blick auf die AfD-Erfolge bei Umfragen und Wahlen. „Weil sie das Gefühl haben, dass wir uns das Schwarze unter dem Fingernagel nicht gönnen; weil

wir den anderen schlechtmachen; weil wir selbst innerhalb der Regierung öffentlich miteinander streiten. Wie sollen wir das Vertrauen der Menschen gewinnen, wenn das unser politischer Ansatz ist?“, fragte Günther.

„Wir sollten diese Aufregtheit zurückfahren, nicht alles skandalisieren, was passiert. Statt übereinander herzufallen, sollten wir miteinander diskutieren und uns ein bisschen mehr Mühe geben, uns richtig zu verstehen“, sagte Günther. Um die politischen Ränder kleinzuhalten, forderte er die demokratischen Parteien zu inhaltlichen Auseinandersetzungen auf. „Wir sollten in einen positiven demokratischen Wettstreit treten, in dem wir über die besten Ideen miteinander reden und nicht versuchen, den anderen schlechtzumachen.“

Beim Neujahrsempfang des Spitzenverbands der norddeutschen Wirtschaft – der UV Nord vertritt 116 Verbände mit mehr als 106.000 Firmen – schwor Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) die Gäste auf härtere Zeiten ein. Infolge der jüngsten Steuersenkungen des

Bundes gingen Hamburg Einnahmen in dreistelliger Millionenhöhe verloren – mit spürbaren Folgen. „Es geht nicht nur um Sozialleistungen. Es geht um Kultur und Wissenschaft; es geht um alle Handlungsfelder, die auf eine öffentliche Finanzierung angewiesen sind“, sagte Tschentscher. Er wolle keine Negativstimmung verbreiten. „Wir werden das in Hamburg hinkommen, aber nicht mehr auf dem Erwartungsniveau, auf das sich viele eingestellt haben.“

Dabei ist im ersten Halbjahr 2025 das Bruttoinlandsprodukt in Hamburg noch um rund ein Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen. Bundesweit stagnierte die Wirtschaft. In Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Bayern sank das BIP sogar. „Unser Wirtschaftswachstum liegt über dem bundesweiten Durchschnitt, deutlich vor Baden-Württemberg und Bayern“, sagte Tschentscher.

Gastgeber Philipp Murmann forderte wie schon zuvor im Abendblatt-Interview, von der Bundesregierung Tempo bei grundlegenden Reformen, um

Statt miteinander zu reden oder zu spielen, beschäftigen sich Kinder und Jugendliche oft lieber mit dem Smartphone.

Evelyn Kobben - stock.adobe.com



Michael Thomas Fröhlich (v.l.), UV-Nord-Hauptgeschäftsführer, Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD), Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) und UV-Nord-Präsident Philipp Murmann.

Georg Wendt/opa

„Deutschland wieder in Fahrt zu bringen. Wir haben es mit einem Umsetzungsproblem zu tun, nicht mit einem Erkenntnisproblem.“ Als größte Baustellen nannte der Präsident des UV Nord zu hohe Arbeitskosten und Energiekosten sowie die Bürokratielasten.

Der Arbeitgeberpräsident lobte die wirtschaftspolitischen Anstrengungen Hamburgs und Schleswig-Holsteins. Die Hansestadt reduziere Bürokratie, schaffe Wohnungen für Auszubildende, baue Schulen und modernisiere den Hafen. Schleswig-Holstein habe beim Klima „schon die Nase vorn“, sagte Murmann weiter. Windenergie, Batterietechnologie und Wasserstoff nannte er als Beispiele. Wie Tschentscher und Günther plädierte Murmann leidenschaftlich für die Bewerbung Hamburgs und Kiels um Olympische Spiele.

Für den Lacher des Abends sorgte Tschentscher. Mit Blick auf Trumps Ringen um Grönland und Markus Söders Dauerclinch mit Daniel Günther sprang Hamburgs SPD-Bürgermeister dem CDU-Ministerpräsidenten im Nachbarland zur Seite. Im Sommer hatte Söder (ohne Günther einzubinden) Helgoland einen offiziellen Besuch abgestattet. Zuletzt hatte der bayerische Ministerpräsident die Abschaffung Schleswig-Holsteins als eigenständiges Bundesland und einen Nordstaat gefordert. „Wenn der Söder noch einmal Anspruch auf Helgoland oder irgendeine andere schleswig-holsteinische Insel erhebt, helfen wir dir bei der Landesverteidigung, lieber Daniel“, versprach Tschentscher.

„Wir müssen Deutschland endlich wieder in Fahrt bringen“

UVNord-Neujahrsempfang mit klaren Forderungen

■ (mk) Hamburg. Mit einer Rekordbeteiligung von rund 650 geladenen Gästen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens startete am 20. Januar der traditionelle UVNord-Neujahrsempfang im Hotel Atlantic. Hauptredner der Veranstaltung waren der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Peter Tschentscher, und der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Daniel Günther, die zum Thema „Zur Perspektive Hamburg und Schleswig-Holsteins in Deutschland und Europa“ sprachen. In Anwesenheit weiterer Teile des Senats und der Landesregierung ging UVNord-Präsident Dr. Philipp Murmann mit deutlichen Worten auf die aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen ein:

„Wir müssen Deutschland wieder in Fahrt bringen. Wir sind geprägt von Jahrzehnten, in denen es gut für uns lief: Wohlstand, Stabilität, Frieden, billige Energie. Eine prosperierende Wirtschaft, die immer neues Geld in die Staatskasse spülte. Wir konnten es uns damit lange sehr bequem machen. Aber es ist wie bei jeder Art von Konsum: Die Freude darüber verblasst schnell. Jetzt müssen wir uns umgewöhnen. Das fällt nicht leicht.“ Besonders schwierig seien Reformen in einem Superwahljahr mit fünf Landtagswahlen und Kommunalwahlen in drei Bundesländern. Und schon der bisherige Reformierferne in Berlin lasse noch deutlich zu wünschen übrig. „Wie so oft in den vergangenen 15 Jahren haben wir es mit einem Umsetzungsproblem zu tun, nicht mit einem Erkenntnisproblem. Unsere größten Baustellen sind und bleiben: die Arbeitskosten, die Energiekosten, die Bürokratielasten, der Sozialstaat,



Prominenteste Gäste des UVNord-Neujahrsempfanges waren Bürgermeister Peter Tschentscher (l.) und der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Daniel Günther. Foto: jk

die Steuereinsten und grundsätzlich die politischen Unberechenbarkeiten, denen sich die Wirtschaft ständig gegenüberstellt“, erklärte Murmann. Der UVNord-Präsident unterstützte mit Blick auf Europa, dass das Ausschere der Vereinigten Staaten aus dem bisherigen Westen eine Zäsur sei. Es sei aber jetzt auch gleichzeitig die Chance, als Europa auf eigenen Beinen zu stehen und eigene Stärke zu entfalten, gerade auch militärisch. Europa sollte noch viel mehr tun als die Pflicht Europas: die Gelegenheit nutzen für den eigenen Auftritt auf der Weltbühne, in einer neuen Rolle. Vor allem aber: muss Europa mehr denn je zusammenstehen, so Murmann.

In Bezug auf Hamburg lobte Murmann den Praxiseckel Bürokratieabbau, der konkret mit ersten guten Ergebnissen angefa-

ßen sei, sowie die Anstrengungen bei den Themen Azubiwohnen, Schulbau und Hafenmodernisierung. Zum Klimaentscheid bzw. Zukunftsentscheid machte er deutlich, dass die Wirtschaft nicht vom Ausgang begeistert sei. Aber, der Drops sei jetzt gelutscht und man mache in der Sache das Beste daraus. Das Verfahren Volksentscheid gehöre aber, was Quoren, Finanzierung und Neutralitätsgebot betreffe, auf den Prüfstand. Zügig voran kommen müsse man endlich auch bei der A25-Ost und dem Ersatzbau der Köhlbrandbrücke, den beiden Infrastrukturprojekten von größter Bedeutung für den Wirtschafts- und Industriestandort.

Mit Blick auf Schleswig-Holstein machte Murmann deutlich: In Schleswig-Holstein wird auch ohne Volksentscheid Vollgas gegeben bei der Transformation. Beim Klima hat der echte Norden schon die Nase vorne und auch alle Voraussetzungen für Themen wie On- und Offshore, Batterie- und Speichertechnologie, Wasserstoff, alternative Kraftstoffe. Daraus lässt sich was machen. Die Bewerbung als Net-Zero-Valley-Modellregion in Europa bietet für Schleswig-Holstein riesige Chancen. Auf zum klimaneutralen Industrieland! Das ist der richtige Weg, um die Kurve zu kriegen, betonte Murmann. Abschließend machte der UVNord-Präsident mit Blick auf Olympia deutlich: „Daumen drücken, Mut zu Neuem, gemeinsam anpacken, Signale in die Welt senden – das alles trifft auch da, wo es um höher, schneller, weiter geht. Holen wir Olympia nach Hamburg und in den Norden! Etwas richtig Großes! Einfach, weil wir es wollen und können! Mit unserem nordischen Charme, mit gemein-

samer Anstrengung und einem hervorragenden Konzept Olympia ist die große Chance für den Norden!“ Hamburgs Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher: „Das Wirtschaftswachstum Hamburgs liegt auch 2025 – zum zweiten Jahr in Folge – über dem bundesweiten Durchschnitt, deutlich vor Baden-Württemberg und Bayern. Tourismus und Bauwirtschaft entwickeln sich gut. Der Containerschlag im Hafen stieg zuletzt um acht Prozent. Die neue Hamburger Bauordnung, die das Bauen schneller und einfacher macht, ist seit dem 1. Januar in Kraft. Hamburg und Schleswig-Holstein arbeiten weiter gut zusammen. Sie sind bei der Digitalisierung Vorreiter in Deutsch-

land, Hamburg bietet mittlerweile 300 Dienstleistungen der Verwaltung online an. Olympische und Paralympische Spiele können dem Norden zusätzliche Schubkraft geben. Ich bedanke mich für die Unterstützung Schleswig-Holsteins bei der Hamburger Olympia-Bewerbung und hoffe auf ein starkes Votum der Bürgersinnen und Bürger bei den Abstimmungen in Hamburg und Kiel.“ Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther warb für Zuversicht, Aufbruchstimmung sowie für einen modernen Industriestandort im Norden: „Wir können gestalten. Mit Schleswig-Holstein als Energieland, mit viel Raum für Netze, Speicher und den Flächen,

die man für Transformation braucht und als Metropolregion mit Hamburg als weiterer Innovationsraum, Talentschmelde und Hafenmetropole.“ So entstehe ein Angebot, das in Deutschland einzigartig sei. Günther: „Wir haben kluge Köpfe, unternehmerische Kompetenz und – gerade im Norden – die Fähigkeit, wichtige Veränderungen praktisch umzusetzen: von erneuerbaren Energien über Wasserstoff bis zur Digitalisierung.“ An die Wirtschaft appellierte der Ministerpräsident, Treiber dieser norddeutschen Zukunftsprojekte zu bleiben: „Halten Sie weiterhin Kurs, investieren Sie, blicken Sie aus, gehen Sie neue Wege. Politik muss dafür die Bedingungen verbessern. Es muss bei uns wieder schneller, einfacher und verlässlicher gehen. Das ist unser Auftrag. Daran arbeitet der Bund, und dabei unterstützen wir als Länder!“



UVNord-Präsident Dr. Philipp Murmann: „Wir müssen Deutschland wieder in Fahrt bringen.“

Foto: jk

Norddeutschland baut Zukunft – Wirtschaft setzt auf Tempo, Schulterschluss und Olympia

Hamburg und Schleswig-Holstein präsentieren sich beim UVNord-Neujahrsempfang als handlungsstarke Zukunftsregion – große Infrastrukturprojekte als Rückgrat des Aufbruchs

Hamburg, 22. Januar 2026. Mit einem klaren Bekenntnis zum norddeutschen Schulterschluss und zu konkretem Handeln ist der Neujahrsempfang der Unternehmensverbände Nord (UVNord) in das Jahr gestartet. Rund 650 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft kamen im Hotel Atlantic zusammen – so viele wie nie zuvor. Im Mittelpunkt: die gemeinsamen Perspektiven Hamburgs und Schleswig-Holsteins in Deutschland und Europa.



UVNord-Präsident Dr. Philipp Murmann fand deutliche Worte zur wirtschaftspolitischen Lage in Deutschland: „Wir müssen Deutschland wieder in Fahrt bringen.“ Jahrzehnte des Wohlstands hätten zu einer gefährlichen Bequemlichkeit geführt. Jetzt sei ein Kurswechsel nötig – doch gerade in Berlin bleibe der Reformeifer bislang hinter den Erwartungen zurück. „Wie so oft haben wir kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem.“ Hohe Arbeits- und Energiekosten, Bürokratie, Steuerlasten und politische Unberechenbarkeit belasteten die Unternehmen weiterhin. Zwar habe die Bundesregierung die Probleme erkannt, doch neue Vorhaben wie höhere Erbschaftssteuern auf betriebliche Vermögen oder zusätzliche Regulierungen drohten, „vom richtigen Kurs abzukommen und die Deindustrialisierung zu beschleunigen“. Murmanns Forderung: „Finger weg von weiteren Belastungen.“

Europa als Chance – Norden als Modellregion

Angesichts geopolitischer Verschiebungen sei das Ausscheren der USA aus dem bisherigen westlichen Bündnis eine Zäsur, so Murmann – aber auch eine Chance. Europa müsse stärker zusammenstehen und eigene Stärke entfalten. Gerade der Norden könne dabei eine Vorreiterrolle übernehmen.

In Hamburg lobte Murmann unter anderem den gestarteten **Praxischeck Bürokratieabbau**, Fortschritte beim **Azubiwohnen**, im **Schulbau** sowie bei der **Hafenmodernisierung**. Klar machte er zugleich: Für den

Wirtschafts- und Industriestandort seien leistungsfähige Verkehrsachsen unverzichtbar. „Zügig vorankommen muss man endlich bei der **A26 Ost und beim Ersatzbau der Köhlbrandbrücke.**“ Beide Projekte seien von zentraler Bedeutung für die Anbindung des Hafens und die gesamte norddeutsche Logistik.

Auch Schleswig-Holstein setzte Murmann als Beispiel für entschlossenes Handeln: „Hier wird auch ohne Volksentscheide Vollgas gegeben bei der Transformation.“ Mit erneuerbaren Energien, Wasserstoff, Speichertechnologien, On- und Offshore-Wind sowie der Bewerbung als europäische Net-Zero-Valley-Modellregion biete das Land enorme Chancen. „Auf zum klimaneutralen Industrieland – das ist der richtige Weg, um die Kurve zu kriegen.“

Große Infrastrukturprojekte als gemeinsames Rückgrat

Hamburgs Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher unterstrich die wirtschaftliche Stärke der Hansestadt: „Das Wirtschaftswachstum Hamburgs liegt auch 2025 – zum zweiten Jahr in Folge – über dem bundesweiten Durchschnitt.“ **Tourismus und Bauwirtschaft** entwickelten sich positiv, der Containerumschlag im Hafen sei zuletzt um acht Prozent gestiegen. Seit dem 1. Januar Sorge zudem die neue Hamburger Bauordnung für schnelleres und einfacheres Bauen.

Entscheidend sei nun die Umsetzung. Tschentscher machte deutlich: „Was baureif und genehmigt ist, wird auch gebaut.“ Das gelte insbesondere für zentrale Infrastrukturprojekte, die Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam voranbringen. Die **A26 Ost** soll den Hafen besser anbinden, während die feste Fehmarnbelt-Querung Hamburg und den Norden noch enger mit Skandinavien verbindet und neue wirtschaftliche Impulse für die gesamte Region setzt.

Zugleich hob Tschentscher die enge Kooperation der beiden Länder hervor: „Hamburg und Schleswig-Holstein arbeiten weiter gut zusammen.“ Gemeinsam seien sie Vorreiter bei der **Digitalisierung** – Hamburg biete inzwischen rund 300 Verwaltungsdienstleistungen online an. Auch bei der **Olympia-Bewerbung** setze man auf den norddeutschen Schulterschluss.

Schleswig-Holstein investiert massiv

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther warb für Zuversicht und Aufbruchsstimmung. „Wir können gestalten – mit Schleswig-Holstein als Energieland und mit Hamburg als Innovationsraum, Talentschmiede und Hafenmetropole.“ Gemeinsam entstehe ein Angebot, das in Deutschland einzigartig sei.

Günther kündigte umfangreiche Investitionen an: In den kommenden fünf Jahren sollen in Schleswig-Holstein große Infrastrukturprojekte realisiert werden. 3,4 Milliarden Euro fließen in die Kommunen, weitere 1,2 Milliarden Euro in Schulen, Häfen und Straßen. Ein zentrales Signal: Der Spatenstich für die **A20** soll noch in diesem Jahr erfolgen. Damit werde eine der wichtigsten Ost-West-Achsen im Norden endlich Realität. Die Politik habe den klaren Auftrag, Tempo zu machen, so Günther: „Es muss wieder schneller, einfacher und verlässlicher gehen.“

Olympia als gemeinsames Zukunftsprojekt

Zum Abschluss rückte UVNord-Präsident Murmann ein Projekt in den Fokus, das sinnbildlich für den norddeutschen Gestaltungswillen steht: Olympische und Paralympische Spiele. „Holen wir Olympia nach Hamburg und in den Norden!“ Olympia sei die große Chance – für internationale Sichtbarkeit, für Investitionen in Infrastruktur und für ein neues Selbstbewusstsein der Region.

Auch Günther bekannte sich als „glühender Verfechter“ der Spiele im Norden: „Sport verbindet. Ein stärkeres Wir-Gefühl täte unserem Land gut. Olympische Spiele fördern Investitionen, stärken internationale Bekanntheit und sind Gold wert für den Zusammenhalt.“

Der Abend machte deutlich: Hamburg und Schleswig-Holstein setzen nicht auf Ankündigungen, sondern auf Umsetzung. Mit großen Infrastrukturprojekten, enger Zusammenarbeit und dem Mut zu ambitionierten Zielen positioniert sich der Norden als handlungsstarke Zukunftsregion. „JM/NW

Streit um Krankschreibung am Telefon

Merz-Vorstoß zur Abschaffung trifft in Schleswig-Holstein auf Befürworter und Kritiker

Margitta True

BAD SEGEBERG/KIEL Schwächt die Wirtschaft, rückt er in den Fokus: der hohe Krankenstand in Deutschland. Laut Statistischem Bundesamt haben Arbeitnehmer im Jahr 2024 im Schnitt 14,8 Arbeitstage gefehlt – 3,6 mehr als 2021. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat nun gefordert, die telefonische Krankschreibung abzuschaffen, weil sie zu mehr Fehlzeiten führe.

Rückenwind aus Schleswig-Holstein erhält er von Sebastian Schulze, Geschäftsführer des Unternehmensverbands Nord: „Die hohen Arbeitskosten belasten die Wirtschaft erheblich.“ Eine Lohnfortzahlung wie bisher würden die Arbeitgeber „auf Dauer so nicht mehr leisten können“. Wer wirklich krank sei, solle sich auskurieren, betont Schulze. Doch die telefonische Krankmeldung mache es jenen, „die nicht wirklich arbeits-

unfähig sind“, zu einfach. Die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) sieht jedoch in der Krankmeldung per Anruf eine Entlastung für Arztpraxen – vor allem „während der saisonalen In-

fektwellen“, so KVSH-Sprecher Nikolaus Schmidt. Daten des Zentralinstituts der kassenärztlichen Versorgung bestätigten, dass die telefonische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung nicht zu einem generellen

Anstieg der Krankschreibungen geführt habe.

Auch der schleswig-holsteinische Hausärzteverband positioniert sich klar für den Erhalt der telefonischen Krankschreibung: „Sie entlastet Praxen,

vermeidet unnötige Anstechungen im Wartezimmer und spart Zeit auf beiden Seiten“, sagt der Vorsitzende Jens Lassen. Zumal die Praxen „die absolute Kontrolle darüber“ hätten, wer am Telefon krankgeschrieben werde – und wer nicht. Der Mediziner sieht die Ursachen für den aktuell hohen Krankenstand nicht nur in einer hohen Infektlast, sondern in der umfassenden elektronischen Übermittlung von Krankmeldungen sowie in einer „insgesamt angespannten Arbeitswelt“.

Das bestätigt Laura Pooth, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) Nord: „Noch immer schleppen sich viel zu viele Beschäftigte krank zur Arbeit – aus Angst vor Nachteilen oder weil ihnen Misstrauen entgegenschlägt.“ Wer Produktivität und Gesundheitsschutz wolle, so Pooth weiter, „muss krankheitsbedingte Abwesenheit ermöglichen, nicht behindern“.

MEINUNG

Was fehlt dem Arbeitnehmer?

Wer ist nun eigentlich der Patient: die kränkelnde Wirtschaft oder der Arbeitnehmer, der mit Halsweh zum Hörer greift, um sich krankzumelden? Für Ablenkung etwa von notwendigen Reformen zugunsten eines Wirtschaftswachstums sorgt das Anstoßen solcher Diskussionen allemal.

Ja, der Krankenstand ist hoch. Aber durch Corona haben wir einen anderen

MARGITTA TRUE

margitta.true@shz.de



Umgang mit Infekten gelernt: lieber drei Tage Schonung als drei Wochen flachliegen. Anstatt tapfer schniefend am Arbeitsplatz zu erscheinen, um Kollegen von unserer Einsatzbereitschaft und der Anste-

ckungsfähigkeit aktueller Viren zu überzeugen. Also angenommen, Arbeitnehmer greifen nicht zum Hörer, um zu schwänzen und sich ein paar schöne Tage auf Kosten der Arbeitgeber zu machen: Wäre nicht mal eine gründliche Anamnese vonnöten, um herauszufinden, warum etwa die Rate psychischer Erkrankungen der Erwerbstätigen hier im Norden hoch ist – und sogar zunimmt?

Hamburger Abendblatt 20.01.2026

Norddeutsche Arbeitgeber fordern Strafzölle gegen die USA

Im Streit um Grönland versucht US-Präsident Trump, Europa auf Linie zu bringen. Wirtschaft warnt vor Verunsicherung.

Hamburg/Washington. In diesem Konflikt dürfte es keine Gewinner geben. Nach der Drohung von US-Präsident Donald Trump mit neuen Strafzöllen warnen Wirtschaftsverbände vor erheblichen Verunsicherungen und einer weiteren Eskalation. Auch die nord-

deutsche Wirtschaft werde immer häufiger zum Spielball Trump'scher wirtschafts- bzw. geopolitischer Interessen, sagt Philipp Murmann, Präsident des Unternehmensverbandes Nord (UV Nord).

Murmann beklagt eine fortschreitende Unkalkulierbarkeit in den Handelsbeziehungen mit den USA. So würde „die ohnehin fragile gesamtwirtschaftliche Situation der Unternehmen“ weiter belastet und geschwächt. Nötig sei jetzt „entschlossenes gemeinsames Handeln der EU – und zwar

dort, wo Trump es merkt, zum Beispiel bei Whisky, Jeans und Motorrädern“, so der Arbeitgeberpräsident. Der UV Nord vertritt als Dachverband die Interessen von 116 Mitgliedsverbänden, 106.000 Unternehmen und 1,9 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hamburg und Schleswig-Holstein.

Murmann erinnert an Trumps erste Amtszeit. Zwischen 2017 und 2021 seien sicher geglaubte Handelsbeziehungen ins Wanken geraten. Insbesondere in der zweiten Amtszeit sei den Unterneh-

men klar geworden, dass sie sich neue Märkte suchen müssten. „Insofern kommt das gerade abgeschlossene Mercosur-Abkommen genau zur richtigen Zeit. Auch die Reise des Bundeskanzlers nach Indien zahlt auf die Erweiterung der Märkte und die Unabhängigkeit sowie Freiheit von nicht mehr verlässlichen Partnern ein“, sagt Murmann.

Laut Hamburger Handelskammer führe die Ankündigung neuer US-Strafzölle zu erheblicher Verunsicherung der Wirtschaft. „Bereits 2025 hatten ähnliche

Drohungen gravierende Folgen: Die Exporte in die USA brachen um 59 Prozent im ersten Halbjahr ein, Investitionen wurden aufgeschoben“, sagt Kammerpräsident Norbert Aust. Politische Ziele mit wirtschaftlichem Druck durchsetzen zu wollen, sei inakzeptabel.

Trump hatte am Sonnabend erneut gefordert, die USA müssten aus Gründen der nationalen Sicherheit die Kontrolle über Grönland übernehmen. Er kündigte neue Zölle für acht europäische Länder an, weil diese sich weiger-

ten, seinen Forderungen nachzukommen. Diese Länder, darunter Deutschland, sollen vom 1. Februar an zusätzliche Zölle von zehn Prozent zahlen, ab Juni dann von 25 Prozent, wenn sie der Übernahme Grönlands durch die USA nicht zustimmen.

Aust fordert eine eindeutige Antwort der EU. „Sie muss klar und gemeinsam auf wirtschaftlichen Zwang reagieren – mit Deeskalation als Ziel, aber mit der Bereitschaft, die zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen.“ *lein*

Touré wirbt für Bleiberecht

Sozialministerin setzt sich für arbeitende Flüchtlinge ein – bringt das aber auch mehr Jobs?

Kay Müller

KIEL Die Stimme ist weg. Weil Sozialministerin Aminata Touré noch an den Folgen einer Erkältung laboriert, müssen die rund 100 Gäste im Schleswig-Holstein-Saal des Landshauses in Kiel genauer als sonst hinhören, wenn sie die Grünen-Politikerin verstehen wollen. Dabei ist deren Forderung klar. „Es ist Ausdruck politischen Unwillens, Menschen hier alleinzulassen“, sagt die Grünen-Politikerin – und bezieht das gleichermaßen auf Geflüchtete, die arbeiten wollen, und Betriebe, die Fachkräfte suchen.

Bürokratie erschwert Integration

Deswegen sitzt die angeschlagene Touré an diesem Tag mit Wirtschafts- und Arbeitsminister Claus Ruhe Madsen an einem Tisch, um klarzumachen, was es braucht, damit sowohl die Zahl der benötigten Fachkräfte als auch die der Flüchtlinge ohne Job im Land kleiner wird. „Es ist ein bürokratischer Wahnsinn, den wir Menschen und Unternehmen aufbürden“, sagt Touré. Noch immer gebe es viel zu viele bürokratische Hürden und Ansprechpartner, wenn es darum geht, einem Geflüchteten einen Job zu besorgen.

„Deshalb brauchen wir einen Integrationskoordinator in Schleswig-Holstein, der zentraler Ansprechpartner für Unternehmen ist“, fordert Michael Thomas Fröhlich. „Die Rechtsunsicherheit verdirbt die Stimmung.“ Der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Nord unterstützt wie Laura Pooth vom Deutschen Gewerkschaftsbund die Forderung der Landesregierung, dass der Bund das Aufenthaltsrecht ändert, damit Flüchtlinge in Deutsch-



Wollen die Wirtschaft im Norden in Schwung bringen, in dem sie mehr Menschen Arbeit verschaffen: Aminata Touré (Grüne) und Claus Ruhe Madsen (CDU).

Foto: Michael Staudt

land schon nach drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung bekommen können, wenn sie einen Job haben und sich sonst nichts zuschulden kommen lassen.

Rund 10.000 geduldete Menschen gebe es in Schleswig-Holstein, sagt die Zuwanderungsbeauftragte des Landes, Doris Kratz-Hinrichsen. „Das würde eine relevante Zahl betreffen.“ Wie viele genau, darüber gibt es auch bei der Agentur für Arbeit keine Statistik. „Wichtig ist, dass wir es Unternehmen nicht schwer machen, Flüchtlinge einzustellen“, sagt Touré.

Einer, der das gemacht hat, ist Christof Dammeyer. Er

leitet den Maschinenbaubetrieb Bagela in Kaltenkirchen im Kreis Segeberg und kann gleich eine ganze Reihe von Mitarbeitern aufzählen, die er selbst qualifiziert hat: so wie die Frau aus Kenia, die nur Englisch sprach und sich deshalb als Putzkraft beworben hat und jetzt eine kaufmännische Ausbildung abschließt. Oder der Mann aus der Ukraine, der wenig Deutsch, aber dafür umso mehr von Maschinen verstand. 22 Mitarbeiter habe er, sagt Dammeyer, zwölf davon mit Migrationshintergrund.

Doch auch er kennt es, zu scheitern – etwa als er selbst Madsen bemühte, um einem jungen Mann aus dem Iran

eine feste Arbeiterlaubnis zu beschaffen. Aber: „Es gab keine Ausnahme.“

Für Dammeyer ist bei allem Behördenschwung klar, dass die Arbeitgeber besser in Kontakt mit den Geflüchteten kommen müssen, am besten schnell nach deren Ankunft. „Wir haben mal ein Speeddating des Jobcenters in der Erstaufnahme in Boostedt mitgemacht. Da haben wir 50 Prozent der Leute eingestellt, die wir getroffen haben“, sagt der Unternehmer. „Das ist bei 60 bis 70 Prozent der Leute nicht der Fall, wenn sie zu uns kommen.“ Denn dann seien die Bewerber gehemmt. Dabei hat das Land verschiedene Angebo-

te für Arbeitsmarktintegration. So durchlaufen Geflüchtete nach der Ankunft in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit ein Kompetenzscreening, bei dem frühberufliche Qualifikationen und Erfahrungen erfasst werden, um die Menschen in Jobs zu bringen.

1500 Gespräche, 80 Jobs oder Praktika

Eine Million Euro gibt das Land jährlich dafür aus. Inzwischen gab es dabei rund 1500 Erstberatungen beim Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge und

rund 700 vertiefte Beratungsgespräche mit der Bundesagentur für Arbeit. Rund 80 Menschen konnten in ein festes Beschäftigungsverhältnis oder in Praktika vermittelt werden.

Anfang des kommenden Jahres legt Madsen eine 1,45 Millionen Euro schwere neue Förderrichtlinie auf, um Menschen mit Migrationshintergrund schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren. „Aber die Programme müssen auch angenommen werden“, sagt der Minister. „Und die Geflüchteten müssen den Weg zu den Angeboten finden“, sagt Kratz-Hinrichsen. „Schnellere Integration darf aber nicht bedeuten, dass die Geflüchteten hier als billige Arbeitskräfte missbraucht werden“, sagt Pooth.

Für Bernd Buchholz ist der Vorschlag der Regierung „ein winziger Tappenschritt in die richtige Richtung“. Denn wer sich schnell um einen Ausbildungsplatz bemühe, müsse weiter vor einer drohenden Abschiebung zittern, weil die drei Jahre Aufenthalt in Deutschland nicht erfüllt seien, sagt der FDP-Politiker. „Belohnt wird also, wer sich Zeit lässt.“ Es gebe bereits unterschiedlichste Aufenthaltstitel für Auszubildende und Beschäftigte. „Das Problem ist vielmehr, dass diese aufgrund hoher Hürden nicht verliehen werden.“

Doch um den „Dampf auf dem Kessel der Integration“ zu erhöhen, wie Fröhlich sagt, fordert die Sozialministerin von ihm und den anderen Unternehmern im Saal, sich auch direkt bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass arbeitende Flüchtlinge dauerhaft in Deutschland bleiben können. „Wir hoffen, dass man das in Berlin hört“, sagt Touré. Und Madsen sagt: „Dafür, dass du keine Stimme hast, hast du aber viel zu sagen.“

Arbeitende Flüchtlinge sollen bleiben

Forderung von Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern in Schleswig-Holstein

Kay Müller

KIEL. Das geschieht nicht so häufig: „Wir ziehen alle an einem Strang“, sagt die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds im Norden, Laura Pooth, und nickt dem Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Nord, Michael Thomas Fröhlich, zu. Der erklärt: „Es muss schneller, einfacher und verständlicher werden – für Arbeitgebende und Geflüchtete.“ Arbeitgeber wie Arbeitnehmer unterstützen die Initiative der Landesregierung, die Flüchtlinge schneller in Jobs bringen will. „Zunehmend stellen wir fest, dass Menschen unser Land verlassen müssen, obwohl sie in Ausbildung oder Arbeit sind“, sagt Sozialministerin Aminata Touré. Das sei weder für die Geflüchteten noch für die Wirtschaft, die unter massivem Fachkräftemangel leide, nachvollziehbar.

„Deshalb fordere ich in Richtung Bund ein schnelleres Bleiberecht für Geflüchtete in Arbeit oder Ausbildung“, erklärt die Grünen-Politikerin. Die derzeitigen Voraussetzungen

seien so hoch, dass sie kaum erreichbar sind. „Zwölf Monate sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und dreijähriger Voraufenthalt sollten zentrale Elemente des

neuen Bleiberechts sein.“ Dazu müssen die Identität der Flüchtlinge und deren Integrationsbemühungen geklärt sein, und sie müssen straffrei sein.

Bislang können geduldete Menschen dank des Chancenaufenthaltsrechts frühestens nach fünf Jahren eine Aufenthaltserlaubnis für 18 Monate bekommen. „Allerdings läuft das Gesetz aus“, sagt die Zuwanderungsbeauftragte des Landes, Doris Kratz-Hinrichsen. Dann könnten die Geflüchteten erst nach acht Jahren eine sichere Bleibeperspektive bekommen. „Das wollen wir beschleunigen“, sagt Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen, dessen CDU sich im Koalitionsvertrag im Bund darauf verständigt hat. „Auch die Betriebe benötigen die Sicherheit, dass die Arbeitskraft der Geflüchteten dem Unternehmen dauerhaft zur Verfügung steht, ohne Sorge, dass diese Menschen das Land wieder verlassen müssen.“ Bürokratische Hürden müssten abgebaut werden, um Geflüchteten schnell und dauerhaft Jobs zu vermitteln.

Schleswig-Holstein – Seite 4

MEINUNG

Integration bleibt wichtig

Es ist schwer geworden, gute Leute zu finden. „So oder so ähnlich argumentieren viele Unternehmer in Schleswig-Holstein, die händeringend Fachkräfte suchen. Laut Prognosen fehlen im Norden bis 2030 rund 120.000 qualifizierte Mitarbeiter.

Die Betriebe werden immer kreativer, Auszubildende zu finden, suchen auch im Ausland nach Mitarbeitern. Paradox wirkt da, dass immer noch Menschen, die einen Job haben, abgeschoben werden.

KAY
MÜLLER

ky@shz.de



Und selbst nach dem jüngsten Aufruf von Landesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern zur Änderung des Aufenthaltsrechts wird immer deutlicher, dass nur diejenigen Firmen halbwegs die Fachkräftelücke schließen können, die die nötigen Res-

sourcen aufbringen wollen und können, um ihre Leute selbst zu qualifizieren. Dazu gehört, nicht nur über mangelnde Ausbildung von Schulabgängern zu klagen oder darauf zu hoffen, dass nach einem Anruf im Welcome Center des Landes potenzielle Arbeitnehmer schon Schlange stehen werden: Die Integration in die Arbeitswelt wird wichtig bleiben, wo die Arbeit nicht von Künstlicher Intelligenz erledigt werden kann.

Kieler Nachrichten 09.12.2025

Wer Arbeit hat, soll bleiben dürfen

Landesregierung fordert vom Bund eine Änderung des Aufenthaltsrechts

KIEL. Schleswig-Holsteins Landesregierung fordert ein verbessertes Bleiberecht für Geflüchtete in Arbeit oder Ausbildung zu schaffen. „Wir fordern ganz klar vom Bund, dass das Bleiberecht verbessert wird für Menschen, die hier zwölf Monate sozialversicherungspflichtig arbeiten, schon länger in Deutschland sind, sich nichts zuschulden kommen lassen haben und eben die Möglichkeit haben sollten, hierzubleiben“, sagte Integrationsministerin Aminata Touré (Grüne) bei der Veranstaltung „Ankommen und Arbeiten“ im Landeshaus in Kiel.

Der aktuelle rechtliche Rahmen stelle ein großes Problem dar. Zwar sei die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten viel besser als der Ruf. Häufig

führten aber aufenthaltsrechtliche Gründe dazu, dass Menschen trotz Arbeit abgeschoben würden. „Wenn wir das Aufenthaltsrecht nicht anpassen, dann wird es dazu führen, dass wir immer mehr dieser Geschichten haben werden“, führte die Ministerin aus.

„Diese Forderung stellen wir gemeinsam als Gewerkschaften, als Vertreter von Arbeitgebern, als Politik, als Landesregierung, weil wir der Überzeugung sind, dass es für die Unternehmerinnen und Unternehmer leichter ist, wenn sie wissen, die Leute können bleiben“, sagte Touré. Allerdings müsse das Gesetz auf Bundesebene geändert werden. „Deswegen hoffe ich, dass man uns in Berlin hört.“ Schleswig-Holstein wolle den

Weg ebnen, „dass unsere Unternehmen die Möglichkeit haben, Geflüchtete in Arbeit und Ausbildung zu haben“.

Auch Arbeitsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) betonte: „Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, dass diese Integration gelingt und Unternehmen von diesem Arbeitskräftepotenzial profitieren.“ Nicht nur eine rasche Integration in den Arbeitsmarkt entscheide über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität des Landes – auch Betriebe bräuchten Sicherheit.

Die Landesregierung stellte die Forderung gemeinsam mit der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein (UV-Nord) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) auf.